



# Was wir (ge)brauchen

Solidarität **In einer Gemeinsamen Ökonomie wird bedürfnisorientiert verteilt, ohne erst den Staat um Erlaubnis zu fragen - wer seinen Alltag so gestalten möchte, muss auf vieles achten**

Von Moritz Heinrich

Völlig unübersichtlich geben alle so viel aus, wie sie wollen«, sagt Leo. Sie sitzt in einer Kollektivkneipe in einer ostdeutschen Stadt und spricht über die Gemeinsame Ökonomie, in der sie mit fünf Erwachsenen und einem Kind seit drei Jahren dafür sorgt, dass alle Einnahmen und auch das Vermögen der Beteiligten bedürfnisorientiert verteilt werden. Das Prinzip einer Gemeinsamen Ökonomie klingt simpel: Alle Einnahmen werden in einen Topf geschmissen, umverteilt und wieder ausgegeben. Doch in der Praxis bringt das eine Reihe Probleme mit sich. Dass hierin die Chance einer solidarischen Alltagsbewältigung liegt, wird erst auf den zweiten Blick deutlich.

Leo und ihre Freund\_innen geben nicht einfach das vorhandene Geld aus, bis der Kontostand bei Null ist. Sie tauschen sich über Bedürfnisse aus, vor allem vor höheren Ausgaben halten sie Rücksprache. Zweimal im Jahr schätzen sie gemeinsam ihren finanziellen Bedarf ein, um eine grobe Vorstellung davon zu bekommen, wie viel Geld in die gemeinsame Kasse fließen muss. Anders als in vielen Gemeinsamen Ökonomien üblich, wohnen die sieben nicht zusammen – nicht einmal in derselben Stadt. »Das manche von uns in Berlin, andere an der Ostsee oder im Wendland leben, bedeutet, dass wir uns nicht einfach einmal im Monat treffen können«, sagt Leo. »Wir mussten andere Kommunikationswege finden.«

Kurzfristiges wird über einen Mailverteiler geklärt und alle vier Wochen auf einer Telefonkonferenz darüber geredet, welche Ausgaben jenseits der Fixkosten

des Alltags (Miete, Essen etc.) anstehen. Alle sechs Monate treffen sich die Ökonomiemitglieder, damit auch langfristige Perspektiven zur Sprache kommen. »Zwei von uns, Jonas und Marie, überlegen, ein zweites Kind zu bekommen. Oder Michelle möchte gern ein Kollektiv aufbauen und kann deswegen für eine Weile keiner Lohnarbeit nachgehen«, erklärt Leo.

Auf einem dieser Treffen haben sich die sechs Erwachsenen dazu entschieden, einen festen Prozentsatz der monatlichen Einnahmen zurückzulegen. Von diesem Geld wird ein Teil gespendet, ein anderer gespart. Das gesparte Geld fungiert als Puffer, damit die Gemeinsame Ökonomie auch Phasen finanzieren kann, in denen einzelne kein Einkommen haben. Außerdem werden damit andere Kollektive und Projekte unterstützt, die bei Leos Kollektiv zinslose Darlehen erhalten und nicht auf dem Kapitalmarkt anfragen müssen.

Die Gruppe teilt nicht nur ihre Einkommen, sondern auch ihre Vermögen – Autos und Ersparnisse gehören zum gemeinsamen Besitz. Für den Fall, dass sich die Wege der Kollektiv\_innen einmal trennen, ist vorgesorgt: Die Mitglieder haben Austrittsvereinbarungen geschrieben, in denen jede Person selbst festlegt, wie viel des gemeinsamen Vermögens sie oder er braucht, um nach der Zeit des Teilens wieder Fuß zu fassen. Im Falle eines Austritts wird auf dieser Grundlage beraten. Nur wie es im Alter weitergehen soll, wissen die Ende 20- bis Mitte 40-Jährigen noch nicht.

## Eine Art Beratungsgremium

Wichtig ist für alle Kollektiv\_innen das gegenseitige Vertrauen: Dieses besteht durch die engen Freundschaften, die es auch schon vor der Zeit der Gemeinsamen Ökonomie gab. Und durch die lang-

jährige gemeinsame Arbeitserfahrung in einem Kollektiv, in dem sie linke Gruppen bei Organisationsprozessen unterstützen. Die größte Schwierigkeit der Gruppe ist, dass sie gegenüber Jobcenter, Arbeits- und Finanzamt als Einzelpersonen und nicht als Bedarfsgemeinschaft auftreten müssen – damit Selbstständige nicht in eine höhere Steuerklasse rutschen und Erwerbslose weiterhin Sozialhilfe beziehen können. »Dafür müssen wir einen höheren Aufwand in Kauf nehmen«, sagt Leo. »Es gibt Einzelkonten, auf denen z.B. Arbeitslosengeld eingeht, dann in bar abgehoben und auf das gemeinsame Konto eingezahlt wird.«

Die Selbstdarstellungen verschiedener Kollektive zeigen, dass die Art und Weise, wie in einer Gemeinsamen Ökonomie die finanzielle Alltagsbewältigung organisiert wird, von Gruppe zu Gruppe unterschiedlich ist: In kleineren Gemeinsamen Ökonomien ist es leichter, den Überblick zu bewahren. Austrittsvereinbarungen werden standardisiert oder individuell gestaltet. Es gibt Einkommens- oder Gemeinsame Ökonomien, in denen auch das Vermögen geteilt wird, wie bei Leo und ihren Freund\_innen.

## Mehr als nur Mittel zum Zweck

Auch der Umgang mit Konsumwünschen ist unterschiedlich. Manche Gruppen haben einen stark egalitären Anspruch bei Lebenshaltungskosten und Konsum; Leo und ihre Freund\_innen verstehen sich als bedürfnisorientiert. »Wir hatten nie den Anspruch gleich hoher Lebenshaltungskosten.« Sie betont, dass es bei ihnen »die Tendenz gibt, Dinge zu ermöglichen« – egal ob es sich um ein neues Zelt oder einen dreimonatigen Urlaub handelt. »Bei solchen Konsumwünschen ist die Gemeinsame Ökonomie auch eine Art Beratungsgremium«, sagt sie. »Es geht dann darum abzuwägen, ob ich das wirklich brauche.«

Einen problematischen Aspekt haben Gemeinsame Ökonomien, wenn sie zum Ersatz für sozialstaatliche Angebote

werden. Wenn diese Gruppen dazu dienen, den von der Austeritätspolitik angeordneten Abbau des Wohlfahrtsstaates abzufedern, privatisieren sie staatliche Aufgaben. Gemeinsame Ökonomien können aber eine große Chance für alle sein, die sich nicht erst in der befreiten Gesellschaft oder im Falle staatlicher Repression solidarischer Praktiken bedienen wollen. Geld zu teilen, auf wohlfahrtsstaatliche Ansprüche aber trotzdem nicht zu verzichten, ist mit etlichen praktischen Schwierigkeiten verbunden, aber wie Leo und ihre Freund\_innen zeigen: Es ist möglich.

Gegenüber Geldern, die vom Staat oder Arbeitgeber gezahlt und direkt verwendet werden, haben Gemeinsame Ökonomien einen entscheidenden Vorteil: Die Neuverteilung erfolgt bedürfnisorientiert. Nicht der sozioökonomische Status entscheidet darüber, ob ein Konsumwunsch in Erfüllung geht, sondern eine gemeinsame Entscheidung. Allerdings hat auch diese Praxis Grenzen. Gemeinsame Ökonomien schaffen solidarische Räume, doch außerhalb tobt weiterhin die Warenökonomie. Zwar sind einzelne Mitglieder einer Gemeinsamen Ökonomie den Zwängen des Arbeitsmarktes weniger brutal unterworfen als der größte Teil der Gesellschaft, dennoch bleiben die ökonomischen Zwänge bestehen. Das ist auch Leo bewusst: »Solange Gemeinsame Ökonomien vereinzelte Phänomene bleiben, ist ihre Wirkung begrenzt.«

Und doch sind sie ein Mittel im Kampf für eine befreite Gesellschaft: Wenn »der Klassenkampf«, wie Walter Benjamin schreibt, als »ein Kampf um die rohen Dinge und materiellen Dinge, ohne die es keine feinen und spirituellen gibt«, verstanden wird. Denn diese feinen Dinge sind als »Zuversicht, als Mut, als Humor, als List, als Unentwegtheit in diesem Kampf lebendig.« (1) Wenn durch Gemeinsame Ökonomien dieser sonst individualisierte alltägliche Kampf dadurch erleichtert wird, dass er kollektiv geführt wird, entsteht auch Raum für z.B. politische Aktivität, der andernfalls verschlossen geblieben wäre.

Gemeinsame Ökonomien sind mehr als ein Mittel zum Zweck: Sie schaffen solidarische Beziehungsweisen (siehe Interview mit Bini Adamczak) und nehmen dadurch einen Teil der zu erkämpfenden Utopie vorweg. Die solidarischen Praktiken der Alltagsbewältigung, die dabei erprobt werden, können als handfeste, wenn auch vorläufige Skizzen einer besseren Gesellschaft dienen. ●

## Anmerkung:

1) Walter Benjamin 1940 in *Werke und Nachlaß. Kritische Gesamtausgabe – Band 19: Über den Begriff der Geschichte*. Suhrkamp Verlag, Berlin 2010.

## Die Fotos

Im Schwerpunkt dieser Ausgabe zeigen wir Bilder des Bündnisses We'll come United. Die Aufnahmen zeigen Aktivist\_innen, Freund\_innen und Unterstützer\_innen der Bewegung. Fotografiert hat die antirassistische Bilderserie der Hamburger Fotograf Frank Egel.

→ [www.frankefoto.de](http://www.frankefoto.de)

## We'll come United

Ob aus Afrin oder Athen, Kabul oder Kassel: »Alle, die hier sind, sind von hier.« Unter diesem Motto setzt sich das bundesweite Bündnis We'll come United für die Rechte von Geflüchteten ein und kämpft gegen die Politik der Angst. Bei We'll come United vernetzen sich zahlreiche Refugee Initiativen mit der solidarischen Zivilgesellschaft und der Recht-auf-Stadt-Bewegung. Nach dem großen Protestkarneval in Berlin letztes Jahr rufen sie jetzt zur Antirassistischen Parade in Hamburg auf.

→ [www.welcome- united.org](http://www.welcome- united.org)

## Antiracist Parade

Am 29. September findet in Hamburg die bundesweite Parade der antirassistischen Bewegungen statt. Mehr als 400 Gruppen sind an der Planung beteiligt, Tausende Menschen, viele selbst Geflüchtete, wollen anreisen und für eine solidarische Gesellschaft demonstrieren, gegen Abschiebungen und Ankerzentren und für das Ende der mörderischen Grenzen, kurz: »Tschüss Seehofer. Solidarity will win!« Start: 12:00 Uhr Rathausmarkt.

→ [antiracist-parade.org](http://antiracist-parade.org)

» Fortsetzung von Seite 13

wenn auch vielleicht weniger, als möglich wäre. Ich glaube, Aufgabe der Linken ist es hier auch, konkrete Parolen zu entwickeln, in denen die Leidenschaft noch hörbar ist. In Begriffen wie »Austeritätspolitik« oder »Strukturanpassungsprogrammen« versickert sie schnell.

## Also Organisation durch gute Parolen?

Nein, solidarische Beziehungen werden natürlich nicht durch Parolen organisiert ...

Viele Organisationsformen der Linken sind in Verruf geraten. Die Avantgardepartei à la Lenin hat nicht gerade

solidarische Beziehungen produziert, sondern Härte und Unterordnung. Aber auch die Versammlungen von 2011ff. sind gescheitert. Sie konnten zwar vorübergehend solidarische, wenig hierarchische Strukturen schaffen, gegen Polizei (Spanien), Militär (Ägypten) oder Austeritätsdiktat (Griechenland) aber nichts ausrichten. In Spanien und Griechenland sind infolge dieser Erfahrungen Leute wieder in Parteien geströmt. Nun werden ihre Hoffnungen bei Syriza und Podemos enttäuscht.

Moment, wir müssen zwischen Scheitern und Niederlage unterscheiden. Lenins Partei war siegreich gegen

ihre Gegner, scheiterte aber an den eigenen Ansprüchen. Was du für die antiautoritären Bewegungen von 2011ff. beschreibst, ist hingegen kein Scheitern, sondern sind Niederlagen. Der Erfolg der Rechten ist nicht zuletzt eine Folge dieser Niederlagen. Den radikaldemokratischen Bewegungen mangelte es weniger an emanzipatorischen Modellen als an der Macht, sie durchzusetzen. Sie sind aber nicht verschwunden. In den USA, wo heute mehr Menschen den Sozialismus befürworten als je in der Geschichte, gehen die Kämpfe gegen Verschuldung, gegen Häuserräumungen, gegen rassistische Polizeigewalt und in Form

der Antifa weiter. In Griechenland existieren die Initiativen der solidarischen Ökonomie auch ohne große mediale Öffentlichkeit fort, und selbst in Deutschland und Österreich sind die solidarischen Beziehungen, die durch den Sommer der Migration geknüpft wurden, nicht aufgelöst. Für uns stellt sich neben der Frage der Verknüpfung auch die, wie sich diese sozialen Solidaritäten stärker politisch artikulieren können. Es geht um ein explizit linkes Framing und Agendasetting. Nicht im Sinne einer Verteidigung des Status Quo, sondern seiner emanzipatorischen Überwindung. ●